

Datenschutz für Vereine und Verbände

Datenschutz

Seit dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) durch jede öffentliche sowie nicht öffentliche Stelle ausnahmslos umzusetzen.

Das bedeutet, dass auch Vereine und Verbände beim Umgang mit personenbezogenen Daten gemäß den Vorgaben der Europäischen-Datenschutz-Grundverordnung handeln müssen.

Innerhalb der EU gilt diese für die komplette oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten sowie für die nicht-automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, die in einem IT-System gespeichert werden. Die Ziele der EU-DSGVO sind es zum einen die Grundrechte, Grundfreiheiten und persönliche Informationen natürlicher Personen (z.B. Vereinsmitglieder) zu schützen und gleichzeitig einen freieren Datenverkehr im europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen.

Was sind die wichtigsten Neuerungen der DSGVO?

Von nun an sollen also Betroffene leichter Zugang zu ihren Daten und den Informationen über deren Nutzung bekommen. Darüber hinaus wird das bislang nur gerichtlich konstruierte „Recht auf Vergessenwerden“, also der Anspruch auf die Löschung personenbezogener Daten, nun gesetzlich festgelegt. Sollte ein Dienst, Unternehmen oder eine Institution Daten speichern, können Nutzer sie korrigieren oder löschen lassen, zum Beispiel nachdem ein Preisausschreiben abgelaufen ist. Generell müssen Organisationen und Unternehmen persönliche Daten nun unverzüglich löschen, wenn diese nicht mehr benötigt werden.

Was sind die Konsequenzen für Vereine und Verbände?

Erhebt oder verarbeitet ein Verein oder Verband personenbezogene Daten seiner Mitglieder, fällt dies unter die Europäische-Datenschutz-Grundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz. Mitgliederdaten dürfen im Rahmen der Vereinstätigkeit erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Die Vereinssatzung gilt hierbei als Grundlage für die Tätigkeit (Zweck) des Vereins und dem hieraus resultierenden Umfang der Datenerhebung. Neumitgliedern empfehlen wir durch Unterschrift im Aufnahmeantrag auf die Zustimmung zur Datenerhebung im Rahmen der Vereinssatzung als „Zweck“ auf den Datenschutz zu verpflichten. Bestandsmitglieder sollten ebenfalls schriftlich durch eine Einwilligungserklärung der Datenerhebung zustimmen. Das Gewohnheitsrecht (juristisch „Übung“) kann, muss aber im Streitfall eine schriftliche Zustimmung nicht ersetzen.

Mitgliederlisten sollten sich möglichst auf die zur Kontaktaufnahme nötigen Daten beschränken.

Hinzu kommt eine Vielzahl von Dokumentationspflichten, wie zum Beispiel die Erfassung der Verarbeitungstätigkeiten in einem Verarbeitungsverzeichnis nach Art. 30 DS-GVO, die Verpflichtung zum Abschluss eines Vertrags über die Auftragsdatenverarbeitung mit dem Auftragsverarbeiter, der Nachweis für die Umsetzung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen und die Veröffentlichung einer obligatorischen Datenschutzerklärung auf jeder Homepage. Um den Datenschutz umfänglich zu

erfüllen und die IT-Sicherheit zu gewährleisten, ist es auch empfehlenswert Datenschutzkonzepte, sowie IT-Sicherheitskonzepte auszuarbeiten.

Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten

Die Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten wurde in Art. 37 der Datenschutzgrundverordnung und in § 38 BDSG festgelegt. Nach dieser Vorschrift haben Unternehmen, Vereine und Verbände als "Verantwortliche" und "Auftragsverarbeiter" die Pflicht, einen Datenschutzbeauftragten unter folgender Voraussetzung zu benennen: Mindestens 20 Personen sind ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beschäftigt. Hierzu gehören Voll- und Teilzeitmitarbeiter, Vorstände, Geschäftsführer und ehrenamtlich tätige Personen. Darüber hinaus ist auch ein Datenschutzbeauftragter zu ernennen, wenn eine systematische Videoüberwachung stattfindet, Gesundheitsdaten, Daten zu Straftaten oder Daten verarbeitet werden, die eine Datenschutzfolgeabschätzung benötigen.

Wann brauchen Vereine und Verbände einen Datenschutzbeauftragten?

Vereine und Verbände müssen einen Datenschutzbeauftragten bestimmen, sobald mehr als 19 Personen mithilfe von Computern Daten der Vereinsmitglieder erheben, verarbeiten, verwalten oder nutzen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Angestellte, freie Mitarbeiter, Voll- oder Teilzeitbeschäftigte, Auszubildende, Leihpersonal, ehrenamtliche Mitarbeiter oder Mitarbeiter von externen Dienstleistern handelt. Erhebt, verarbeitet, verwaltet oder nutzt ein Verein Daten, die eine Vorabkontrolle erforderlich machen, ist unabhängig von der Anzahl der datenverarbeitenden Personen ein Datenschutzbeauftragter zu bestellen. Eine Vorabkontrolle ist immer dann vorzunehmen, wenn die Daten die rassische und ethnische Herkunft, die politische Meinung, religiöse oder philosophische Überzeugung, die Gewerkschaftszugehörigkeit, die Gesundheit und das Sexualleben eines Mitgliedes betreffen. Der Datenschutzbeauftragte wird immer durch die Vereinsfunktionäre bzw. den Vorstand bestimmt.

Die Datenschutzerklärung

Eine Datenschutzerklärung (englisch: *Privacy Policy*) umschreibt die Maßnahmen, die eine Organisation ergreift, um die Privatsphäre und die Daten ihrer Kunden oder Benutzer zu wahren. Besonders schützenswert sind hierbei sogenannte personenbezogene Daten. Darüber hinaus wird üblicherweise dargelegt, wie diese Daten gesammelt, genutzt und ob sie gegebenenfalls an Dritte weitergegeben werden.

In einer Datenschutzerklärung steht in der Regel...

- ...welche Art personenbezogener Daten festgesetzt werden.
- ...eine Begründung, wozu diese Informationen gesammelt werden und zu welchem Zweck die Institution (der Verein/Verband) diese nutzt.
- ...die Bedingungen, unter denen die Informationen an andere Organisationen weitergegeben werden können.
- ...dass die Organisation sich verantwortlich erklärt, die gesammelten Daten zu schützen.